

Inhaltsübersicht

Einleitung	15
Erster Teil: Grundlagen	25
§ 1 Zwecke und Rechtsgrundlagen der Handelsvertreter-Richtlinie	25
§ 2 Entwicklung des Handelsvertretergewerbes und des Handelsvertreterrechts in den einzelnen Mitgliedstaaten	43
Zweiter Teil: Der Handelsvertreter und sein Vertragsverhältnis mit dem Unternehmer	65
§ 3 Begriff des selbständigen Handelsvertreters	65
§ 4 Vertragspflichten der Parteien des Handelsvertretervertrages gemäß Art. 3 Abs. 1 und Art. 4 Abs. 1 HV-RL	115
Dritter Teil: Die Ansprüche des Handelsvertreters bei Beendigung des Vertretungsverhältnisses	139
§ 5 Beendigung des Handelsvertretervertrages und Problematik eines nachvertraglichen Entschädigungsanspruchs des Handelsvertreters	139
§ 6 Schadensersatzmodell des Art. 17 Abs. 3 HV-RL	150
§ 7 Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters gemäß Art. 17 Abs. 2 HV-RL	204
Vierter Teil: Ergebnisse und Ausblick	258
§ 8 Bisheriger Rechtsangleichungserfolg der Handelsvertreter-Richtlinie und ihre Bedeutung für die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Privatrechts	258

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
I. Angleichung des Handelsvertreterrechts in der Europäischen Gemeinschaft	15
II. Ziele dieser Untersuchung	20
III. Aufbau der Arbeit	22
Erster Teil: Grundlagen	25
§ 1 Zwecke und Rechtsgrundlagen der Handelsvertreter-Richtlinie	25
I. Ziele der Rechtsangleichung	25
II. Art. 47 Abs. 2 (ehemals 57 Abs. 2) EGV als Rechtsgrundlage der Richtlinie	26
III. Art. 94 (ehemals 100) EGV	27
IV. Wettbewerbsverzerrung auf sachrechtlicher Ebene	31
V. Wettbewerbsverzerrung auf kollisionsrechtlicher Ebene	34
VI. Haltung des Richtliniengebers	37
VII. Ergebnis	40
1. Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen als vorrangiges Ziel	40
2. Konsequenzen für die Richtlinienanwendung	41
§ 2 Entwicklung des Handelsvertretergewerbes und des Handelsvertreterrechts in den einzelnen Mitgliedstaaten	43
I. Gründe für das Entstehen des Handelsvertretergewerbes	43
II. Handelsvertreterrecht in Deutschland und Österreich	45
1. Fehlende Berücksichtigung im Allgemeinen (Deutschen) Handelsgesetzbuch	45
2. Weitere Entwicklung in Deutschland	45
3. Charakteristische Merkmale des deutschen Handelsvertreterrechts	46
4. Entwicklung in Österreich	47
II. Rechtslage in Frankreich und Belgien	48
1. Entwicklung verschiedener Vertragstypen der Handelsvertretung in Frankreich	48
a. Vertragstypen des Code civil	49

b.	Eingreifen des Gesetzgebers: Statut der voyageurs, représentants, placiers (V.R.P.)	51
c.	Gesetzliche Neuregelung des Rechts des agent commercial	52
2.	Grundzüge des französischen Handelsvertreterrechts vor Umsetzung der Richtlinie	54
3.	Entwicklung im belgischen Recht	54
III.	Begriff des commercial agent in England und das law of agency	56
1.	Warenvermittlung und commercial agency	56
2.	Fehlende Ausbildung einer spezifisch handelsrechtlichen Stellvertretung	58
3.	Agency und kontinentales Handelsvertreterrecht	59
a.	Begriff des agent	60
b.	Vertragspflichten und zwingende Bestimmungen	62
Zweiter Teil: Der Handelsvertreter und sein Vertragsverhältnis mit dem Unternehmer		65
§ 3	Begriff des selbständigen Handelsvertreters	65
I.	Problemstellung	65
1.	Bedeutung der Abgrenzung vom angestellten Handlungsreisenden	65
2.	Rechtspolitische Fragestellungen bei der Abgrenzung zwischen Handelsvertreter- und Arbeitsrecht	66
3.	Problem eines europäischen Begriffs des selbständigen Handelsvertreters	68
II.	Konzept der Selbständigkeit im deutschen Handelsvertreterrecht	69
1.	Sogenannter Leitbild-Dualismus des deutschen Rechts	69
2.	Vertreterbild des deutschen Handelsrechts und sein Selbständigkeitsbegriff	71
3.	Gegenmodell des unternehmerisch tätigen Handelsvertreters	73
4.	Zwischenergebnis: Begriff der Selbständigkeit nach Umsetzung der Richtlinie in das deutsche Recht	75
III.	Belgien an erstes Beispiel für die Hinwendung des Handelsvertreterrechts zum Arbeitsrecht	77
1.	Begriff der Selbständigkeit im belgischen Handelsvertreterrecht vor Umsetzung der Richtlinie	77
2.	Abgrenzung des Handelsvertreterrechts vom Arbeitsrecht in Belgien nach Richtlinienumsetzung	80
3.	Ergebnis	83

IV. Weitergehender Ansatz in Frankreich: Dreiteilung des Handelsvertreterrechts	84
1. Fehlendes Merkmal der persönlichen Unterordnung im Recht des V.R.P.	84
2. Wirtschaftliche Unselbständigkeit des V.R.P. als charakteristisches Merkmal?	86
3. Rechtslage nach Umsetzung der Handelsvertreter-Richtlinie	89
V. Ansätze für eine dritte Form des Handelsvertretervertrages in Österreich	91
1. Konzept des wirtschaftlich abhängigen freien Handelsvertreters	91
2. Auswirkungen der Richtlinienumsetzung	95
VI. Position des englischen common law of agency	96
VII. Europäischer Begriff des selbständigen Handelsvertreters	97
1. Abschließende Definition des selbständigen Handelsvertreters durch die Richtlinie?	98
a. Grundsätzliches	98
b. Wille des Richtliniengebers	100
c. Zwecke der Richtlinie: Funktionale Vergleichbarkeit von Handelsvertreter- und Arbeitsrecht?	101
d. Ergebnis	102
2. Konzept der Selbständigkeit des Handelsvertreters im europäischen Recht	103
a. Rechtspolitische Ausrichtung der Handelsvertreter-Richtlinie	103
b. Europäisches Kartellrecht	103
c. Europäisches Zivilverfahrensrecht	108
d. Arbeitnehmer- bzw. Selbständigenbegriff des Primärrechts	110
e. Zwischenergebnis	111
3. Kriterien der Selbständigkeit des Handelsvertreters im Sinne von Art. 1 Abs. 2 HV-RL	112
4. Ergebnis	113
§ 4 Vertragspflichten der Parteien des Handelsvertretervertrages gemäß Art. 3 Abs. 1 und Art. 4 Abs. 1 HV-RL	115
I. Interessenwahrung, Unterstützungspflicht und Treu und Glauben	116
1. Unterschiedliches Verständnis in den einzelnen Mitgliedstaaten	116

2.	Unterscheidung zwischen der besonderen Interessenwahrungs- bzw. Unterstützungspflicht und der allgemeinen Pflicht zu einem Verhalten nach Treu und Glauben	120
II.	Einzelne Pflichten des Handelsvertreters	125
1.	Interessenwahrungspflicht	125
2.	Weisungsgebundenheit	126
3.	Gesetzliches Wettbewerbsverbot des Handelsvertreters?	127
a.	Überblick über die Rechtslage vor Richtlinienumsetzung	128
b.	Möglicher Einfluß des EG-Wettbewerbsrechts	130
III.	Unterstützungspflicht des Unternehmers und Einschränkung seiner Dispositionsfreiheit	132
1.	Allgemeine Treue- und Unterstützungspflicht des Unternehmers	132
2.	Wirtschaftliche Dispositionsfreiheit des Unternehmers	134
Dritter Teil:	Die Ansprüche des Handelsvertreters bei Beendigung des Vertretungsverhältnisses	139
§ 5	Beendigung des Handelsvertretervertrages und Problematik eines nachvertraglichen Entschädigungsanspruchs des Handelsvertreters	139
I.	Investiver Charakter der Vermittlungstätigkeit des Vertreters	139
II.	Zwei mögliche Ansätze zur Lösung des Konflikts	141
III.	Handelsvertretervertrag als Relationalvertrag	143
IV.	Gründe für eine gesetzliche Regelung und Vorgehen des Richtliniengebers	147
§ 6	Schadensersatzmodell des Art. 17 Abs. 3 HV-RL	150
I.	Französisches Vorbild eines Schadensersatzanspruchs des agent commercial	150
1.	Rechtslage vor dem décret vom 23.12.1958	150
2.	Schadensersatz nach altem Recht	153
3.	Vergleich mit der indemnité de clientèle des V.R.P.	155
4.	Schadensersatzanspruch des agent commercial ein Investitionsersatzanspruch?	159
II.	Art. 17 Abs. 3 HV-RL und seine Umsetzung in Frankreich und England	161
1.	Problemstellung	161
2.	Umsetzung in Frankreich	163
3.	Umsetzung von Art. 17 Abs. 3 HV-RL in das englische Handelsvertreterrecht	165

a.	Erörterung des Schadensersatzanspruchs in der Literatur	166
aa.	Keine Rechtswidrigkeit der Vertragsbeendigung erforderlich	167
bb.	Schadensersatz nur bei wrongful termination	169
cc.	Höhe des Schadensersatzanspruchs	170
b.	Schadensersatzanspruch in der englischen Vertragspraxis und erste Gerichtsentscheidungen	170
aa.	Graham Page v. Combined Shipping and Trading Co. Ltd	171
bb.	Douglas King v. T. Tunnock Ltd	175
cc.	Skingsley v. KJC Carpets Ltd	177
c.	Zusammenfassung	179
4.	Bisheriger Stand der Rechtsangleichung	180
III.	Analyse von Art. 17 Abs. 3 HV-RL und Position der Europäischen Kommission	181
1.	Verständnis der Europäischen Kommission	181
2.	Wortlautauslegung des Art. 17 Abs. 3 HV-RL	184
3.	Zielsetzung des Richtliniengebers: Übernahme des französischen Modells	186
4.	Systematik der nachvertraglichen Ansprüche des Handelsvertreters in Art. 17 HV-RL	188
5.	Einwand gegen das Kündigungsschutzmodell: Schadensersatz auch bei Tod des Handelsvertreters gem. Art. 17 Abs. 4 HV-RL	189
IV.	Art. 17 Abs. 3 HV-RL als Kündigungsschutzanspruch	190
1.	Ordentliche Kündigung eines unbefristeten Vertrages durch den Unternehmer	190
a.	Konzeption eines Investitionsersatzanspruchs	190
b.	Ergebnis und Anwendung auf das nationale Recht	192
2.	Vorzeitige Kündigung eines befristeten oder nicht fristgemäße Beendigung eines unbefristeten Handelsvertretervertrages	194
3.	Nichtverlängerung eines befristet abgeschlossenen Vertrages	198
4.	Sonstige Fälle der Vertragsbeendigung	200
5.	Zusammenfassung	201
§ 7	Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters gemäß Art. 17 Abs. 2 HV-RL	204
I.	Zweck und dogmatische Einordnung eines Ausgleichs- bzw. Kundschaftsentschädigungsanspruchs	204

1. Problemstellung	204
2. Beispiele für einen Ausgleichsanspruch mit Entschädigungscharakter	207
3. Vergütungs- bzw. spezialgesetzlicher Bereicherungsanspruch?	213
4. Ausrichtung der Richtlinie	216
II. Grundzüge des Tatbestandes des Art. 17 Abs. 2 HV-RL	220
1. Beendigung des Vertrages	220
2. Zuführung neuer Kunden bzw. Intensivierung von Altkundenbeziehungen	222
3. Unternehmervorteile	227
4. Bedeutung der Provisionsverluste des Handelsvertreters und Erfordernis der Billigkeit	231
a. Bedeutung der Provisionsverluste in einem vergütungsrechtlichen Ausgleichsmodell	232
b. Billigkeitskriterium	237
5. Höhe des Ausgleichsanspruchs und Beweisfragen	243
6. Ergebnis	247
III. Bedeutung von Art. 17 Abs. 2 c) HV-RL	250
1. Schadensersatzansprüche nach nationalem Recht	251
2. Position des belgischen Gesetzgebers	252
3. Eigener Ansatz: Mögliche kumulative Gewährung von Goodwill- Ausgleich und Schadensersatzanspruch	254
Vierter Teil: Ergebnisse und Ausblick	258
§ 8 Bisheriger Rechtsangleichungserfolg der Handelsvertreter-Richtlinie und ihre Bedeutung für die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Privatrechts	258
I. Angleichungserfolg der Handelsvertreter-Richtlinie	258
1. Verwendung von Generalklauseln und Fehlen detaillierter Regelungen	258
2. Mangelnde systematische Geschlossenheit	260
3. Umsetzungsfehler auf Seiten der Mitgliedstaaten	261
4. Umsetzungsspielräume	262
5. Nicht geregelte Bereiche des Handelsvertreterrechts	263
II. Perspektiven für die Fortsetzung des Harmonisierungsprozesses	266
1. Bewertung des festgestellten Ergebnisses	266

a.	Bisheriger Angleichungserfolg und Rechtsgrundlage der Richtlinie	266
b.	Rechtsangleichung, Rechtsvereinheitlichung und zweistufiges Rechtsetzungsverfahren des Art. 94 (ehemals 100) EGV	267
2.	Perspektiven für die Fortsetzung des Harmonisierungsprozesses	268
a.	Ergänzung der Richtlinienbestimmungen durch den Rat?	268
b.	Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof	269
c.	Ergebnis	274
III.	Denkbare Vorlagefragen nationaler Gerichte	275
IV.	Möglicher Beitrag für das entstehende Gemeinschaftsprivatrecht	277
1.	Ziel eines einheitlichen Gemeinschaftsprivatrechts	277
2.	Methodische Erkenntnisse	278
a.	Technik der Rechtsangleichung	278
b.	Instrumente der Rechtsangleichung	279
c.	Schwierigkeit punktueller Rechtsangleichung	280
3.	Möglicher inhaltlicher Beitrag	281